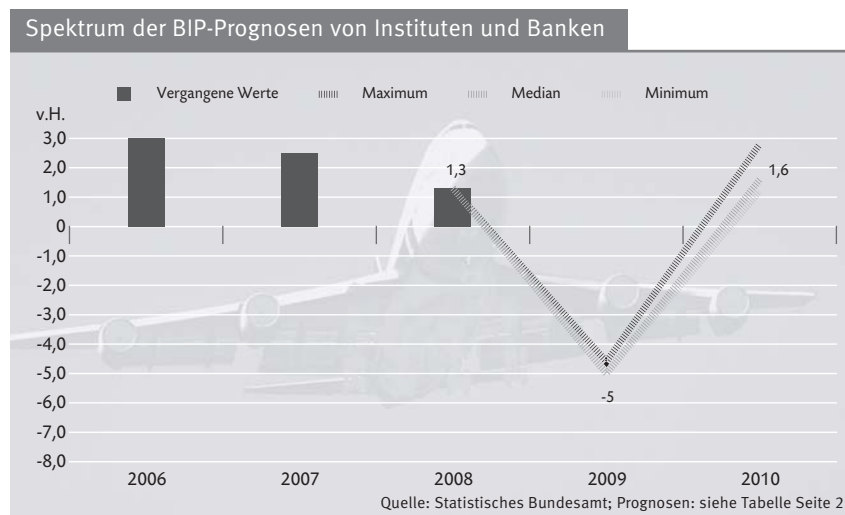


Es geht nur sehr langsam aufwärts

Seit Jahresmitte hat die deutsche Wirtschaft leicht Fahrt aufgenommen. In den beiden vergangenen Quartalen ist das Bruttoinlandsprodukt wieder mit positiven Veränderungsrate vorangeschritten. Für einen Aufschwung spricht das derzeitige konjunkturelle Gesamtbild allerdings nicht.



Nicht nur die offiziellen Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im dritten Quartal, denen zufolge das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland mit einer Quartalszuwachsrate von 0,7 v.H. expandiert ist, könnten eigentlich Anlass zu neuem Konjunkturoptimismus geben. Konjunkturelle Frühindikatoren wie der ifo-Geschäftsklimaindex, der Markit/BME-Einkaufsmanagerindex für die Industrie oder die ZEW-Konjunkturerwartungen belegen ebenso, dass die Stimmung unter Unternehmen und Finanzmarktakteuren teilweise zu vor-krisenhaften Höhen zurückgekehrt ist. Nur die Haushalte zeigen sich aktuell skeptischer: Die Stimmung der Verbraucher hat sich laut Gesellschaft für Konsumforschung, welche monatlich einen Konsumklimaindex veröffentlicht, zum Jahresende abgekühlt. Die Angst vor

dem Arbeitsplatzverlust wirkt sich offenbar stärker auf das Konsumverhalten aus als die von der Regierungskoalition angekündigten Steuersenkungen. Der weltweit synchrone Charakter der Wirtschaftskrise und die Finanzkrise als ihr Auslöser dürften die Schwächephase länger andauern lassen, als es das aktuelle Stimmungshoch einiger Konjunkturindikatoren nahe legt.

Verhaltener Ausblick für 2010

Deutschland wurde besonders über den Außenhandel von der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen. Nicht zu vergessen ist, dass über diesen, für den Exportweltmeister so wichtigen Übertragungskanal, bereits die weltwirtschaftliche Expansion in den Jahren vor der Krise übertragen

wurde. Ohne die positiven Impulse des Außenbeitrags wären Jahreszuwachsrate des BIP von 3,2 v.H. und 2,5 v.H. in den Jahren 2006 und 2007 nicht möglich gewesen. Es erstaunt daher nicht, dass der weitere Ausblick für die heimische Entwicklung nun wieder stark an die weltwirtschaftlichen Prognosen geknüpft ist. Und diese lassen durchaus hoffen. Die expansiv ausgerichtete Geldpolitik in den krisenbetroffenen Wirtschaftsräumen, die global aufgelegten fiskalischen Konjunkturprogramme sowie die relativ frühe Erholung in den Schwellenländern, insbesondere in den Volkswirtschaften Ostasiens, helfen, die Weltwirtschaft wieder auf einen Wachstumskurs zu bringen. Entsprechend positiv sind daher die Prognosen für Export- und Importentwicklung.

Bei den Binnenkräften hat sich der private Konsum bis zur Jahresmitte als Stabilisator der Konjunktur erwiesen.

IN DIESER AUSGABE

Es geht nur sehr langsam aufwärts ...	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU	3
Ergebnisse der Novemberumfrage 2009	4
Stimmung bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft deutlich besser	5
Lohnkonvergenz zwischen den neuen und den alten Bundesländern	6
Sentimentindikatoren und die reale Wirtschaftsentwicklung in Europa	8
Der Fall der Arbeitseinkommensquote: Homogene Ursachen im Ländervergleich?	10
Kosten des EU-Beitritts der Türkei ...	12

Stagnierende Verbraucherpreise, Tarifierhöhungen zu Beginn des Jahres, Neukäufe von PKWs und der verhinderte Volldurchschlag der Produktions- und Absatzeinbrüche auf die Beschäftigung bewirkten diesen Stützeffekt. Im dritten Quartal 2009 waren die realen privaten Konsumausgaben allerdings wieder rückläufig, was vor allem dem Auslaufen der Abwrackprämie geschuldet war. Betriebliche Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung, wie etwa der Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten oder das Vorziehen von Jahresurlaub, dürften nun an ihre Grenzen geraten. Weiterhin wirken aber die Effekte der Kurzarbeiterregelung, die kürzlich von der Bundesregierung bis in das kommende Jahr verlängert wurde.

Insgesamt werden diese Maßnahmen nicht ausreichen, um den beginnenden Stellenabbau zu verhindern. Das Halten von Beschäftigten bei gleichzeitig drastisch einbrechender Produktion drückt bei den Unternehmen die Produktivität und lässt die Lohnstückkosten steigen. Diesen Zustand werden viele Unternehmen nicht lange aufrechterhalten können. Sie werden sich gezwungen sehen, Mitarbeiter freizusetzen. Prognostiker gehen von einem Rückgang der Beschäftigung zwischen 1,2 und 1,5 v.H. im Jahr 2010 sowie einem Anstieg der Arbeitslosenquote

auf 8,8 bis 9,7 v.H. aus. Belastend wirkt sich diese Arbeitsmarktentwicklung auf den privaten Konsum aus. Die Bandbreite der Prognosen für die Veränderungsrate des privaten Konsums beträgt 0,1 bis -0,7 v.H. Aufgrund massiver Unterauslastungen bei den Produktionskapazitäten übten die Bruttoanlageinvestitionen einen erheblichen negativen Einfluss auf die Binnennachfrage in diesem Jahr aus. Im kommenden Jahr dürfte die generell bessere wirtschaftliche Lage wieder für leicht positive Zuwachsraten sorgen. Die Prognosen schwanken zwischen 1,3 und 5,0 v.H.

Finanzsystem noch instabil

Nicht nur der erwartete Stellenabbau verdeutlicht, dass die konjunkturelle Erholung auf wackeligen Beinen steht. Ein Risiko für die realwirtschaftliche Entwicklung geht weiterhin vom Finanzsektor aus, dessen Probleme noch nicht gelöst sind. Da sind zum einen die durch die Finanzkrise massiv unter Druck geratenen komplexen und undurchsichtig strukturierten Wertpapiere, deren noch nicht abgeschlossene Wertberichtigung weiterhin ein Risiko für die Bilanzen der Finanzinstitute darstellt. Zum anderen drohen weitere Wertberichtigungen und Abschreibungen, die sich aus der Rückkopplung

zwischen den nunmehr realen Folgen der Finanzkrise und dem Finanzsektor ergeben. Verschlechterungen der Kreditqualität und Kreditausfälle werden weitere Eigenkapitalunterlegungen von Banken erforderlich machen und den Vergabespielraum für neue Kredite engen. Rückwirkungen auf die Produktion und die Beschäftigung und eine weiter anhaltende Wirtschaftsflaute wären die Folge.

Eines wird dabei klar: Die Genesung der Wirtschaft wird erheblich davon abhängen, wie schnell die Aufräumarbeiten im Finanzsektor voranschreiten. Sollte die Wiederherstellung der Funktionstüchtigkeit des Finanzsystems nur unzureichend gelingen, droht ein Szenario, welches Beobachter bereits mit den Verhältnissen in Japan in der vergangenen Dekade in Verbindung bringen. Als Japan zu Beginn der Neunzigerjahre in eine schwere Bankenkrise geraten war, legte die japanische Regierung zwar einerseits eine Reihe von Konjunkturprogrammen auf, sanierte aber andererseits den Bankensektor viel zu zögerlich. Die Folgen sind bekannt: Ein verlorenes Jahrzehnt mit anämischem Wirtschaftswachstum, hoher Arbeitslosigkeit, sinkenden Preisen und einer überbordenden Staatsverschuldung.

Marcus Kappler, kappler@zew.de

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2008, 2009 und 2010

	Statist. BA		SVR		OECD		Europäische Kommission		Bundesbank		Allianz		Commerzbank	
	2008	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	
BIP, real	1,3	-5,0	1,6	-4,9	1,4	-5,0	1,2	-4,9	1,6	-4,6	2,8	-5,0	2,0	
Privater Konsum	0,4	0,8	-0,1	0,8	-0,5	0,6	-0,2	0,5	0,2	0,6	0,1	0,4	-0,7	
Konsumausgaben des Staates	2,1	2,2	1,8	2,3	1,5	2,3	1,5	2,8	1,6	2,5	1,9	2,5	1,9	
Bruttoanlageinvestitionen	3,1	-8,8	1,4	-8,7	1,3	-8,9	2,1	-8,5	2,4	-	-	-7,9	5,0	
Exporte	2,9	-14,7	6,3	-14,4	7,2	-15,4	2,6	-14,8	4,5	-14,2	9,1	-14,5	7,5	
Importe	4,3	-9,0	4,5	-8,2	5,1	-9,5	2,0	-8,2	3,9	-8,4	6,5	-8,7	7,1	
Erwerbstätige (in Tsd.)	40.279	40.273	39.651	-	-	-	-	40.279	39.876	-	-	40.280	39.800	
Veränderung	1,4	-0,01	-1,5	-	-	-	-	0,0	-1,0	-	-	0,0	-1,2	
Arbeitslose (in Tsd.)	3.268	3.432	3.965	-	-	-	-	3.400	3.800	-	-	3.430	4.060	
Arbeitslosenquote	7,8* 7,2**	8,2* 7,5**	9,4* 8,7**	7,6**	9,2**	7,7**	9,2**	8,2*	9,1*	8,2* 7,5**	8,8* 8,1**	8,2*	9,7*	
Preisindex der Lebenshaltung	2,6	0,3	1,2	0,2	1,0	0,3	0,8	0,3	0,9	0,3	1,0	0,3	0,8	
Finanzierungssaldo des Staates in v.H. des BIP	0,0	-3,0	-5,1	-3,2	-5,3	-3,4	-5,0	-	-	-2,9	-4,2	-4,0	-5,3	

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. *Arbeitslosenquote gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. ** Arbeitslosenquoten gemäß ILO-Definition. Quellen: SVR 13.11.2009, Commerzbank 27.11.2009, OECD (Economic Outlook) 19.11.2009, EU-Kommission 03.11.2009, Bundesbank 04.12.2009, 20.11.2009, Allianz 02.12.2009. Stand: 30.11.2009

Die voraussichtliche Lage in der EWU

Die konjunkturelle Situation in Europa hat sich nach der Rezession in Folge der Finanzkrise gegen Ende des Jahres 2009 deutlich entspannt. Im Vergleich zum Vorquartal ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach einer Schnellschätzung von Eurostat im dritten Quartal 2009 in der Eurozone um 0,4 v.H. gestiegen. Vom ersten auf das zweite Quartal 2009 hatte das Wachstum noch -0,2 v.H. betragen.

Dennoch stellt die positive konjunkturelle Entwicklung lediglich eine langsame Annäherung an das Niveau vor der Krise dar. Dies ist insbesondere an den Wachstumsraten des BIP im Vergleich zum Vorjahr gut zu sehen. So ist das BIP vom dritten Quartal 2008 auf das entsprechende Quartal 2009 in der Eurozone um 4,1 v.H. zurück gegangen.

Getragen wird die aktuelle wirtschaftliche Besserung hauptsächlich von den Kernländern der Eurozone. So weisen Deutschland, Italien, Frankreich und die Niederlande Wachstumsraten zwischen 0,3 und 0,7 v.H. im Vergleich zum Vorquartal auf. Der private Konsum konnte keinen wesentlichen Beitrag zur

Stabilisierung der Konjunktur leisten. Dies war allerdings angesichts der angespannten Situation am Arbeitsmarkt, ausgedrückt durch einen Anstieg der Arbeitslosenquote um zwei Prozentpunkte über das vergangene Jahr auf nun 9,5 v.H., nicht anders zu erwarten. Die Zurückhaltung der Arbeitnehmer bei ihren Lohnforderungen hat zwar einerseits eine massivere finanzielle Belastung der Unternehmen mit negativen gesamtwirtschaftlichen Folgen verhindert, aber andererseits deutlich zur schwachen Entwicklung des privaten Konsums beigetragen. So hat allein der positive Außenbeitrag ein weiteres Quartal mit einem Rückgang des BIP verhindert.

Die allgemeine Erholung der Weltwirtschaft, aber insbesondere die konjunkturelle Dynamik der Vereinigten Staaten hat sich hier positiv ausgewirkt. Zog die starke Abhängigkeit von der nordamerikanischen Wirtschaft Europa zu Beginn der Finanzkrise noch in den Abwärtsstrudel, so konnten die Mitglieder der Eurozone nun deutlich vom Aufwärtstrend der Vereinigten Staaten profitieren.

Trotz der deutlichen Belebung der konjunkturellen Dynamik bleiben Konjunkturoptionen hinsichtlich der Entwicklung für 2010 vorsichtig. Obwohl momentan der Rückgang der Arbeitsnachfrage durch diverse Konjunkturprogramme und Kurzarbeiterregelungen verzögert wird, muss im nächsten Jahr – nach Ablauf dieser Programme – mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa gerechnet werden.

Die stark gestiegene Staatsverschuldung in Europa fordert zudem bald Korrekturmaßnahmen, entweder durch eine Erhöhung der Einnahmen oder eine Kürzung der Ausgaben. Beides wird die Haushalte belasten. Nicht zuletzt deuten einige Indikatoren wie die Entwicklung der Auftragseingänge oder die Kreditnachfrage von Unternehmen darauf hin, dass sich die Investitionstätigkeit auf Unternehmensebene im nächsten Jahr in engen Grenzen bewegen wird. Insgesamt läuft die europäische Wirtschaft somit in Richtung einer Phase geringer konjunktureller Dynamik, die wohl über 2010 hinaus anhalten wird.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

	EWU		Italien		Spanien		Belgien		Österreich		Irland	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010
BIP, real	-4,0	0,7	-4,8	0,5	-3,7	-0,4	-3,1	0,7	-3,4	1,0	-7,2	-1,1
Privater Verbrauch	-1,0	0,2	-1,7	-0,1	-5,0	-0,5	-1,1	0,5	0,2	0,5	-7,0	-2,0
Investitionen	-10,7	-1,9	-13,3	-3,1	-17,0	-5,7	-3,6	-2,4	-6,1	-0,4	-30,5	-15,5
Exporte	-14,2	2,1	-20,7	0,4	-14,4	2,3	-15,7	6,3	-15,1	2,0	-1,7	-1,1
Importe	-12,5	1,1	-16,4	-1,9	-21,5	-1,7	-14,3	6,1	-11,2	2,0	-7,7	-1,2
Verbraucherpreise	0,3	1,1	0,8	1,5	-0,3	1,4	0,0	1,5	0,5	1,3	-1,5	-0,7
Arbeitslosenquote	9,5	10,7	7,8	8,7	17,9	20,0	8,2	9,9	5,5	6,0	11,7	14,0
Beschäftigung	-2,3	-1,3	-2,6	-0,4	-6,6	-2,3	-0,8	-1,4	-1,5	-0,7	-7,8	-3,9

	Niederlande		Frankreich		Finnland		Portugal		Griechenland		GB (nachrichtlich)	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010
BIP, real	-4,75	0,0	-2,1	0,8	-7,2	0,0	-2,5	0,8	-1,2	0,6	-4,4	1,3
Privater Verbrauch	-2,8	-0,8	0,5	0,6	-2,7	-0,2	-1,0	0,8	-0,6	0,9	-3,3	-0,7
Investitionen	-14,0	-9,5	-6,6	-3,4	-15,1	-9,1	-15,0	-0,5	-13,9	1,5	-14,8	-3,0
Exporte	-13,8	3,0	-10,3	5,3	-26,6	1,1	-13,5	5,1	-13,6	2,5	-11,9	11,4
Importe	-11,5	1,25	-8,5	4,9	-24,0	-1,9	-13,2	3,3	-16,2	2,9	-13,9	5,5
Verbraucherpreise	1,0	1,0	0,0	1,6	1,2	1,6	-0,7	1,5	1,2	2,5	2,0	1,4
Arbeitslosenquote	3,4	5,4	9,5	10,2	8,5	10,2	9,0	9,0	9,0	10,2	7,8	8,7
Beschäftigung	-0,1	-2,1	-1,8	-0,9	-2,9	-2,5	-2,3	-0,4	-0,9	-0,8	-2,0	-0,9

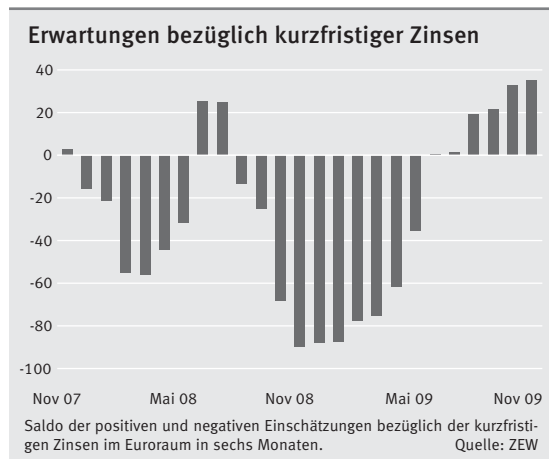
Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: Europäische Kommission, Brüssel. EWU: EFN, Mailand. Österreich: Wifo, Wien. Spanien: La Caixa, Barcelona. Belgien: IRES, Louvain-la-Neuve. Niederlande: CPB, Den Haag. Finnland: Bank of Finland, Helsinki. Frankreich: OFCE, Paris. Irland: ESRI, Dublin. Italien: Unicredit, Mailand. Portugal: BPI, Lissabon. Griechenland: NBG, Athen. GB: NIESR, London.
Stand: 27.11.2009

ZEW-FINANZMARKTTEST

Ergebnisse der Novemberumfrage 2009

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger interna-

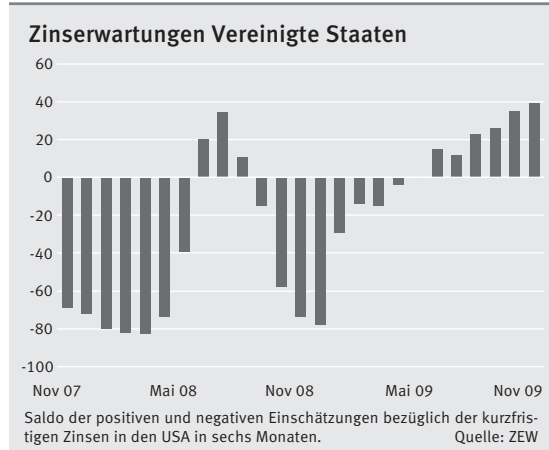
tionaler Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 26.10.–09.11.09 wurden im aktuellen ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 13.11.2009) veröffentlicht.



EZB: Weniger expansive Geldpolitik

Mit 62,7 v.H. erwartet im November die Mehrheit der Finanzmarktexperten, dass die Zinsen im kommenden halben Jahr auf dem Niveau von 1 v.H. bleiben. Gleichzeitig ist ein leichter Anstieg der Zinserhöhungserwartungen um zwei Punkte zu verzeichnen. Das deckt sich mit dem geldpolitischen Statement der EZB. Dieses besagt, dass die EZB den Leitzins nach wie vor für angemessen hält. Die Zinssätze der ständigen Fazilitäten bleiben zunächst ebenfalls unverändert. Die EZB hatte den Zinskorridor, den die Zinssätze der ständigen Fazilitäten bilden, verkleinert. Dadurch konnten sich die Banken von der EZB zu attraktiveren Konditionen Geld leihen und umgekehrt zu höheren Zinsen Geld anlegen. Dennoch gibt es erste Andeutungen seitens der EZB, dass unkonventionelle Maßnahmen graduell auslaufen werden.

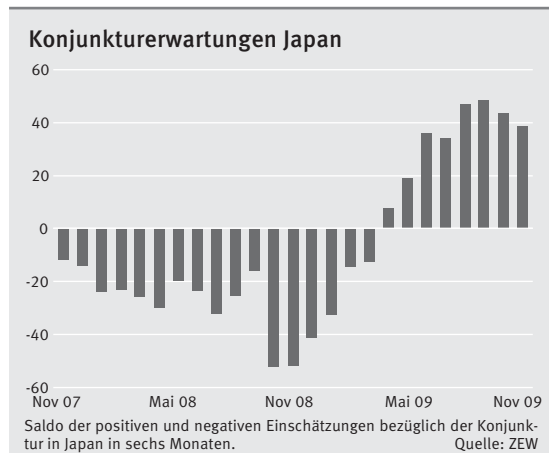
Sandra Schmidt



Vereinigte Staaten: Leitzinserhöhung unwahrscheinlich

Der Anteil der Experten, die mit einem Anstieg der kurzfristigen Zinsen in den Vereinigten Staaten rechnen, ist in diesem Monat gestiegen. Die Mehrheit der Experten erwartet aber weiterhin, dass sich die Zinsen in den kommenden sechs Monaten nicht ändern werden. Der Grund hierfür ist, dass sich die US-Wirtschaft nur langsam erholt. Zwar sind die Konjunkturerwartungen der Experten für die USA in diesem Monat wieder leicht zurückgegangen, insgesamt festigt sich aber das Bild einer allmählichen Konjunkturerholung in den USA. Das spiegelt sich ebenso in der niedrigen Inflationsrate wider. Zwar rechnen die Finanzmarktexperten mit einem Anziehen der Inflation in den nächsten sechs Monaten, angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums in den USA ist eine baldige Anhebung der Leitzinsen durch die Fed aber nach wie vor unwahrscheinlich.

Matthias Köhler



Japan: Kein Anlass für übertriebenen Optimismus

Die Konjunkturerwartungen der Experten für Japan haben sich im November erneut leicht verschlechtert. Damit sind die Finanzmarktexperten, die keine Veränderung der wirtschaftlichen Lage in den kommenden sechs Monaten erwarten, erstmals seit Juli 2009 wieder gegenüber den Konjunkturoptimisten in der Überzahl. Das deutet darauf hin, dass die Finanzmarktexperten nur noch mit einer langsamen Erholung der japanischen Wirtschaft rechnen. Zwar haben sich die Aussichten für Export und Produktion verbessert, insgesamt gibt die Mehrzahl der Indikatoren aber keinen Anlass zu Optimismus. Das kommt ebenfalls in der Entwicklung der Lagebewertung zum Ausdruck. Sie hat sich in diesem Monat zwar leicht verbessert, trotzdem stufen aber weiterhin knapp 80 v.H. der Experten die aktuelle Konjunkturlage als schlecht ein.

Matthias Köhler

DIENSTLEISTER DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

Stimmung bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft deutlich besser

Der ZEW-IDI, Stimmungsindikator für den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft, erreicht im dritten Quartal 2009 einen Wert von 54,7. Damit liegt er erstmalig in diesem Jahr über dem kritischen Wert von 50 Punkten. Das deutet auf eine Verbesserung der konjunkturellen Stimmung im Vergleich zum Vorquartal hin. Verantwortlich für diese Entwicklung ist die deutliche Aufhellung der Geschäftserwartungen für das vierte Quartal 2009. Der entsprechende Teilindikator für die Geschäftserwartungen steigt auf einen Wert von 62,1 Punkten.

Dies ist das Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im September 2009 durchgeführt hat.

Bei den IKT-Dienstleistern, die Softwareunternehmen, IT-Dienste, IKT-Händler und Telekommunikationsdienstleister umfassen, hat sich die wirtschaftliche Lage verbessert. Der Stimmungsindikator für diese Teilbranche liegt mit 58,2 Punkten sogar über dem Wert des ZEW-IDI. Die wissensintensiven Dienstleister, zu denen unter anderem Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberatungen, Architekten und

Werbefirmen gehören, bewerten ihre wirtschaftliche Lage etwas schwächer als die IKT-Dienstleister. Der Stimmungsindikator dieser Teilbranche liegt bei 51,7 Punkten.

Branchenbetrachtung

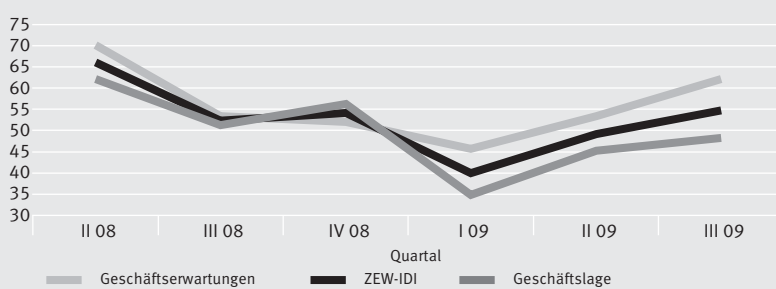
Bei den Unternehmen der Branche Software und IT-Dienste berichtet die Mehrheit im dritten Quartal 2009 von einem Umsatzrückgang. Die wirtschaftliche Lage der IKT-Händler hat sich dagegen im dritten Quartal 2009 merklich verbessert. Der Anteil der Unternehmen, die von steigenden Umsätzen und einer steigenden Nachfrage berichten, ist im Vergleich zum Vorquartal gestiegen und auch der Anteil der Unterneh-

men, die steigende Umsätze und eine steigende Nachfrage für das vierte Quartal 2009 erwarten, liegt nun höher. Die konjunkturelle Lage der Telekommunikationsdienstleister hat sich im dritten Quartal 2009 verbessert. Die Mehrheit der Unternehmen meldet steigende Umsätze und erwartet diese ebenso für das vierte Quartal 2009.

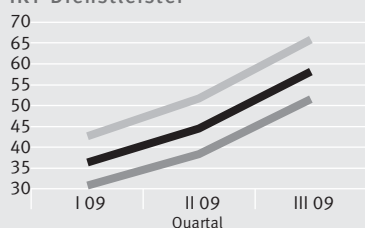
Im Vergleich zum zweiten Quartal 2009 hat sich die Situation der Unternehmensberater im dritten Quartal verbessert. Die Mehrheit der Unternehmen berichtet von steigendem Umsatz und steigender Nachfrage und erwartet eine ähnliche Entwicklung für das vierte Quartal 2009. In der Branche Forschung und Entwicklung hat sich im dritten Quartal 2009 der Anteil der Unternehmen, die von steigenden Umsätzen berichten, im Vergleich zum zweiten Quartal 2009 deutlich erhöht. Die Mehrheit der Unternehmen dieser Branche erwartet auch für das vierte Quartal 2009 steigende Umsätze. Die konjunkturelle Lage der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer ist stabil. Die Mehrheit der Unternehmen berichtet im dritten Quartal 2009 von gleichbleibendem Umsatz und unveränderter Nachfrage und erwartet auch für das kommende Quartal keine Veränderung dieser Größen. Bei den Architekten und den technischen Beratern und Planern hat sich die wirtschaftliche Lage im dritten Quartal 2009 im Vergleich zum zweiten Quartal 2009 ebenfalls kaum verändert. Die Mehrheit der Unternehmen dieser Branchen berichtet von stabilem Umsatz und stabiler Nachfrage und erwartet für das vierte Quartal 2009 keine Veränderung dieser Größen. Im dritten Quartal 2009 bewertet die Werbebranche die wirtschaftliche Lage pessimistisch. Die Mehrheit der Werbefirmen berichtet von sinkenden Umsätzen, Erträgen und einem Rückgang der Nachfrage.

Miruna Sarbu, sarbu@zew.de

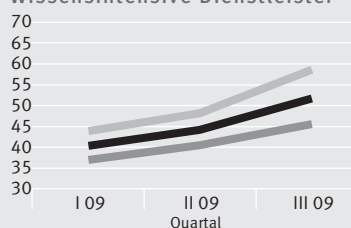
Entwicklung des ZEW-IDI



IKT-Dienstleister



Wissensintensive Dienstleister



Quelle: ZEW/Creditreform

Lohnkonvergenz zwischen den neuen und den alten Bundesländern

Eine aktuelle Analyse des ZEW deutet darauf hin, dass sich die Löhne nach der Wiedervereinigung für die zahlenmäßig bedeutsame Gruppe der Arbeitnehmer, die im Jahre 1989 in den neuen Bundesländern lebte und die weiterhin in den neuen Bundesländern wohnt und arbeitet, nicht an das entsprechende Niveau in den alten Bundesländern angeglichen haben. Jedoch sind die Löhne von Ost-West Migranten und Ost-West Pendlern sehr wohl zu den Löhnen vergleichbarer Arbeitnehmer in den alten Bundesländern konvergiert.

Die Wiedervereinigung gilt als Musterbeispiel der wirtschaftlichen und sozialen Integration zweier Länder mit unterschiedlichen Startbedingungen. Bereits zu Beginn der Einigung von Ost- und Westdeutschland war es ein Ziel, die Lebensbedingungen sowie die Löhne anzugleichen. Wurde dieses Ziel erreicht? Haben sich die Löhne nach dem Übergang Ostdeutschlands von der Plan- zur Marktwirtschaft an die entsprechenden westdeutschen Werte angepasst? Funktioniert der Wettbewerb auf den beiden Arbeitsmärkten in Ost- und Westdeutschland in dem Sinne, dass man von Lohnkonvergenz sprechen kann? Die Antworten auf diese Fragen fallen differenziert aus, wie die Ergebnisse einer kürzlich veröffentlichten ZEW Analyse zeigen.

Datengrundlage und Forschungsdesign

In einer umfangreichen Studie wurden die oben genannten Fragen empirisch mit Stichproben aus den Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) von 1992 bis 2005 untersucht. Bei den Stichproben handelt es sich um abhängig beschäftigte Arbeitnehmer im Alter zwischen 25 und 55 Jahren, die zudem die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Unter Löhnen sind jeweils die realen Bruttostundenlöhne (deflationiert mit dem gesamtdeutschen Konsumentenpreisindex, Basis 2000) zu verstehen, die mit den Daten des SOEP aus den Selbstangaben der Arbeitnehmer zum Bruttomonatslohn und den gearbeiteten Stunden berechnet wurden. Zudem werden die Stichproben für jedes Jahr in 4 Teilgruppen von Arbeitnehmern

zerlegt. Drei Gruppen von Arbeitnehmern werden unterschieden, die im Jahre 1989 (vor der Wiedervereinigung) in Ostdeutschland lebten: Erstens die Gruppe der Arbeitnehmer, die in Ostdeutschland arbeiten (im Folgenden „Bleiber“ genannt). Zweitens, die Arbeitnehmer, die in Ostdeutschland leben und in Westdeutschland arbeiten („Pendler“), und drittens die Arbeitnehmer, die in Westdeutschland leben und dort arbeiten („Migranten“). Bei der vierten Gruppe handelt es sich um Arbeitnehmer, die bereits vor der Wiedervereinigung im Westen gelebt haben, und die nach wie vor in den alten Bundesländern leben und arbeiten.

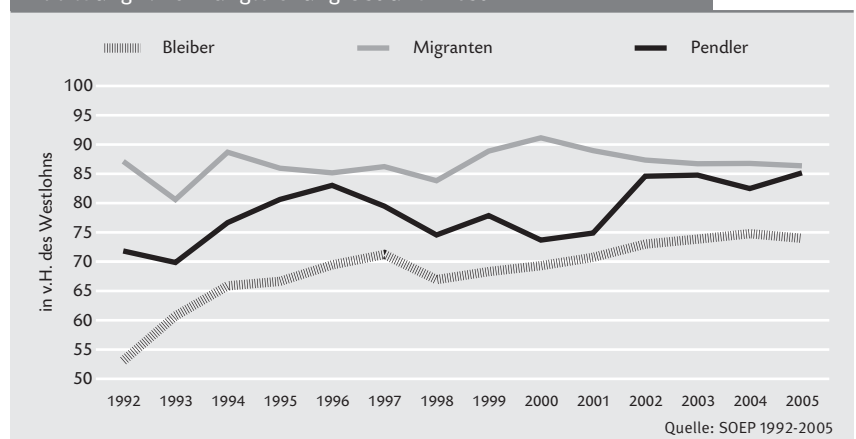
Zunächst werden in einem ersten Schritt die Unterschiede in den Löhnen zwischen diesen drei Gruppen von Arbeitnehmern aus Ostdeutschland umfassend aufgearbeitet. Sodann wird für jede dieser Gruppen mit statistischen Methoden eine Zwillinggruppe von westdeutschen Arbeitnehmern bestimmt, die sich in den im SOEP beobachteten Merkmalen, insbesondere

Geschlecht, Bildung, Alter und Unternehmensgröße nicht von der jeweiligen Gruppe der Bleiber, Pendler oder Migranten unterscheidet.

Lohnangleichung zwischen 1992 bis 2005

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Lohnangleichung für die drei Gruppen von Arbeitnehmern in den neuen Bundesländern, wobei alle Werte in Prozent des Lohnniveaus der Arbeitnehmer in den alten Bundesländern angegeben sind. Im Jahr 1992 belief sich der durchschnittliche Stundenlohn für die Gruppe der Westdeutschen auf knapp 13 Euro. In den Folgejahren setzte zunächst eine dynamische, ab 1995 verhaltene weitere Lohnangleichung bis auf etwa 75 v.H. des Niveaus in den alten Bundesländern ein. Für Migranten schwankte das Lohnniveau im Beobachtungszeitraum zwischen 81 v.H. (in 1993) und 91 v.H. (in 2000) ohne einen eindeutigen Trend aufzuweisen. Für Pendler haben sich die mittleren Löhne an die Durchschnittslöhne für die Gruppe der westdeutschen Arbeitnehmer bis auf ein Niveau von 85 v.H. im Jahre 2005 angenähert. In absoluten Zahlen beliefen sich die durchschnittlichen Löhne im Jahr 2005 auf 14,14 Euro für Westdeutsche, auf 10,46 Euro (74 v.H.) für Bleiber, auf 12,21 Euro (86 v.H.) für Migran-

Abbildung 1: Lohnangleichung Ost und West



ten und auf 12,04 Euro (85 v.H.) für Pendler. Somit kann auf der Basis dieses Vergleichs, der sich auf die vier Stichproben aus dem SOEP bezieht, nicht von einer Lohnangleichung gesprochen werden.

Lohnangleichung auf Basis „Statistischer Zwillinge“

In einem zweiten Schritt werden für die Gruppe der Bleiber, der Migranten sowie der Pendler sogenannte statistische Zwillinge aus der Gruppe der Arbeitnehmer, die 1989 in den alten Bundesländern lebten und seitdem durchgehend dort gearbeitet haben, bestimmt. Diese Analyse bezieht sich auf den Zeitraum der Jahre 2000 bis 2005. Statistische Zwillinge werden mit Hilfe von Matching-Verfahren im Hinblick auf eine Reihe wichtiger sozioökonomischer und arbeitsmarktrelevanter Eigenschaften ausgewählt. Dazu zählen das Alter, das Geschlecht, der schulische und berufliche Bildungsabschluss, die Berufserfahrung, die Betriebszugehörigkeitsdauer, sowie die Beschäftigung im Ausbildungsberuf. Alle diese Eigenschaften variieren zwischen den Gruppen und haben einen signifikanten Einfluss auf den Lohn. Dieses Verfahren dient dazu, die Löhne in beiden Regionen zwischen Arbeitnehmern zu vergleichen, die sich tatsächlich in allen beobachteten Merkmalen gleichen, mit Ausnahme der Zugehörigkeit zu einer Region.

Legt man diese Methode zu Grunde, dann ändert sich das oben dargestellte Bild. Aus Abbildung 2 geht erstens hervor, dass sich die Löhne der Ost-West Migranten mittlerweile ein Niveau zwischen 83 v.H. und 89 v.H. der statistischen Zwillinggruppe der westdeutschen Arbeitnehmer. Ab dem Jahre 2002 ist die verbleibende Differenz zudem statistisch insignifikant. Hinsichtlich der Bleiber ändert die Vergleichsgruppe mit statistischen Zwillingen jedoch wenig an den bereits bekannten Ergebnissen: der Unterschied in den

Löhnen bleibt sogar nahezu unverändert. Für Arbeitnehmer mit den oben angeführten identischen beobachtbaren Eigenschaften werden in den neuen und alten Bundesländern weiterhin unterschiedliche Löhne gezahlt. Dieses Ergebnis ist von erheblicher arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischer Relevanz, weil die Gruppe der Bleiber die mit Abstand größte der drei ostdeutschen Arbeitnehmergruppen ist. Für Arbeitnehmer, die im Jahre 1989 in der ehemaligen DDR lebten, und die mittlerweile in die alten Bundesländer pendeln oder dorthin übersiedelt sind, ist hingegen kein Lohnunterschied mehr feststellbar. Die vollständige Anpassung hat demnach ausschließlich in diesen Gruppen stattgefunden.

Zusammenfassung

Die Ergebnisse lassen vermuten, dass für die Gruppe der Bleiber nicht von einer Lohnkonvergenz ausgegangen werden kann. Die Löhne von statistisch vergleichbaren Arbeitnehmern in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich weiterhin in einem signifikanten Ausmaß. Das durchschnittliche Lohnniveau im Osten beträgt ca. 75 v.H. desjenigen im Westen. Die Arbeitsmärkte in den beiden Regionen Deutschlands scheinen demnach für den Großteil der Arbeitnehmer nicht so zu funktionieren, dass eine vollständige Lohnangleichung stattgefunden hat. Die übrigen Ergebnisse deuten daraufhin, dass die Löhne von Ost-West Migranten vollständig und die Löhne der Ost-West Pendler nahezu komplett konvergiert sind. In den ersten Jahren

nach der Wiedervereinigung kam es zu starken Lohnerhöhungen in den neuen Bundesländern, die nicht immer durch die Produktivität in den Unternehmen in den neuen Bundesländern gerechtfertigt waren.

Trotz oder auch wegen der relativ schnellen Lohnanpassung wurde eine hohe Ost-West Migration verzeichnet, so dass die Lücke zwischen Lohn und marginaler Arbeitsproduktivität durch eine Reduktion der Beschäftigung allmählich geschlossen wurde. Im Jahr 1991, dem Jahr der höchsten Wanderung, siedelten 229.200 Personen in den Westen um. Insgesamt wanderten zwischen 1989 und 2001 7,5 v.H. der Ostbevölkerung in die alten Bundesländer ab. Ein Großteil dieser Migranten war jung und besser ausgebildet als der Durchschnitt der ostdeutschen Bevölkerung. Häufig war das Pendeln der Auftakt zu einer vollständigen Übersiedlung. Die wichtigsten ökonomischen Anreize für eine Übersiedlung von den neuen in die alten Bundesländer waren die verbleibenden Lohndifferenzen sowie die besseren Beschäftigungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Da die Angleichung der Löhne für die Gruppe der Bleiber noch nicht stattgefunden hat, wird es auch in Zukunft zu weiteren Anpassungsprozessen auf den Arbeitsmärkten in den neuen und alten Bundesländern kommen.

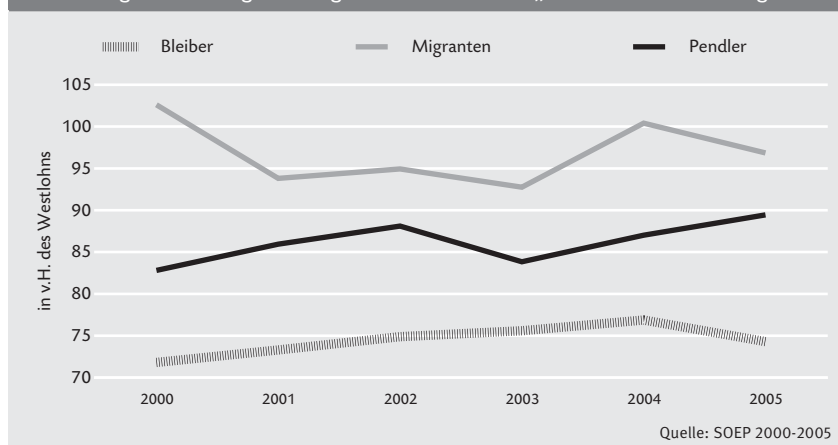
Johannes Gernandt, gernandt@zew.de

Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Literatur:

Gernandt, J. und Pfeiffer, F. (2009), Wage Convergence and Inequality after Unification: (East) Germany in Transition, in: Ravi Kanbur und Jan Svejnar, Labor Markets and Economic Development, 1. Aufl., Routledge Studies in Development Economics Bd. 73, London, 387-404 (auch erschienen als ZEW DP 08-022).

Abbildung 2: Lohnangleichung Ost und West mit „Statistischen Zwillingen“



Sentimentindikatoren und die reale Wirtschaftsentwicklung in Europa

Das „Directorate General for Economic and Financial Affairs“ der Europäischen Kommission publiziert jeden Monat einen Stimmungsindikator zur konjunkturellen Lage in der Europäischen Union – den Economic Sentiment Indicator (ESI). Dieser Beitrag befasst sich mit dem Verhältnis zwischen diesem Sentimentindikator und der realwirtschaftlichen Entwicklung.

Der ESI wird sowohl für alle Mitgliedstaaten als auch für die EU als Aggregat berechnet und veröffentlicht. Dabei werden EU-weit Angehörige der Sektoren Industrie, Dienstleistungen, Einzelhandel, Baugewerbe sowie Konsumenten zu ihrer qualitativen Einschätzung der Entwicklung der vergangenen und kommenden 3 bis 12 Monate befragt. Die Befragten geben dabei ausschließlich qualitative Antworten ab, beispielsweise ob eine positive, neutrale oder negative Entwicklung erwartet wird. Im Gegensatz zu vielen anderen Indikatoren für die wirtschaftliche Situation in einzelnen Mitgliedsländern bietet der ESI den grossen Vorteil, dass er für die gesamte EU harmonisiert ist und somit eine gute Vergleichbarkeit zwischen den Ländern gewährleistet.

Eigenschaften des ESI

Der ESI entsteht aus insgesamt 15 Fragen. Das Ergebnis jeder dieser Fragen ergibt sich aus dem Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen. Durch Standardisierung dieser Sal-

den wird erreicht, dass ein – eventuell je nach Mitgliedsstaat unterschiedlich veranlagter – permanenter Optimismus oder Pessimismus nicht in den Indikator einfließt und somit eine EU-weit einheitliche Vergleichsbasis vorliegt. Da die Antworten der Befragten stark von der Konjunkturlage zum Zeitpunkt der Erhebung beeinflusst werden, spiegeln Stimmungsindikatoren weitgehend die zyklische konjunkturelle Entwicklung wider. Dadurch weist solch ein Indikator – im Gegensatz zu realwirtschaftlichen Daten wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) – keinen Wachstumstrend auf und muss zur Betrachtung der Konjunkturzyklen nicht trendbereinigt werden. Die zyklische Komponente des BIP hingegen hängt stark vom verwendeten Bereinigungsverfahren ab.

Eine weitere positive Eigenschaft solcher Indikatoren ist ihre schnelle Verfügbarkeit. Während quantitative Daten wie die Industrieproduktion erst mit einer Verzögerung zum jeweiligen Zeitraum vorliegen, werden Stimmungsindikatoren innerhalb kürzester Zeit nach

Erhebung der Umfrage veröffentlicht. Außerdem liegen bei Stimmungsindikatoren in der Regel die finalen Daten vor, wohingegen die zunächst publizierten BIP-Daten Hochrechnungen sind und daher oft noch korrigiert werden.

Beides, fehlender Wachstumstrend und schnelle Verfügbarkeit, treffen auf den ESI zu. Er wird bereits am letzten Arbeitstag des Referenzmonats publiziert und erfährt ausser einer saisonalen Glättung keinerlei Nachbearbeitung. Somit ist in ihm ein enormer Informationsvorsprung enthalten – unter der Bedingung, dass er wirtschaftliche Entwicklungen tatsächlich realitätsgetreu wiedergibt.

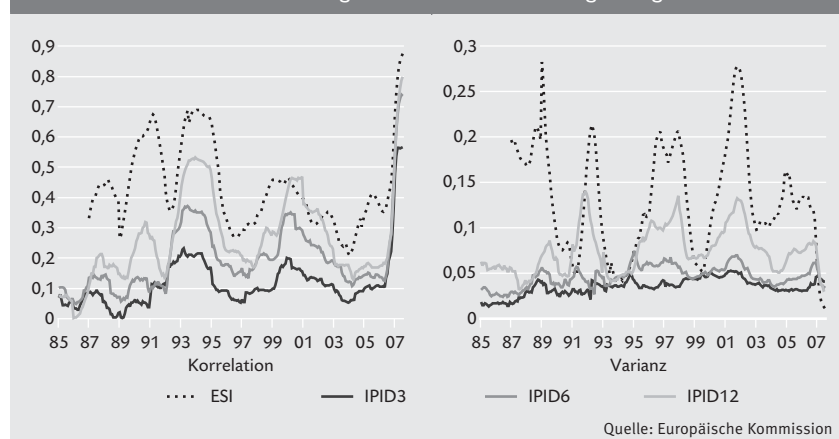
Sentimentindikatoren wie der ESI finden bei Analysen im Wesentlichen zwei Anwendungen: Zum einen können sie aufgrund des oben beschriebenen Informationsvorsprungs eine bessere Einschätzung der konjunkturellen Lage zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung gewährleisten und somit ein frühzeitiges Reagieren auf Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds möglich machen. Zum anderen tragen sie zur Verbesserung von gesamtwirtschaftlichen Prognosen bei.

Synchronisierung der Konjunkturzyklen in der EU

Im Folgenden wird untersucht, in welchem Zusammenhang der ESI und die realwirtschaftliche Entwicklung stehen. Als Maßstab der realwirtschaftlichen Entwicklung dient dabei der saisonbereinigte Industrieproduktionsindex (IPI), der monatlich von Eurostat veröffentlicht wird.

Wie bereits beschrieben, muss der IPI trendbereinigt werden, um ihn mit dem ESI vergleichen zu können. Um dem Erwartungshorizont (von 3 bis 12 Monaten) der Fragen im Rahmen der ESI-Umfrage gerecht zu werden, werden in den folgenden Berechnungen 3-, 6- und 12-Monats-Wachstumsraten des IPI (IPID3, IPID6 und IPID12) betrachtet.

Abbildung 1: Durchschnittliche Korrelationen des ESI und der IPI-Wachstumsraten zwischen allen EU27-Mitgliedsländern und dazugehörige Varianz



Der Beobachtungszeitraum für den Vergleich von ESI und IPI wird dabei vom Startzeitpunkt der Erhebung des ESI im Januar 1985 begrenzt. Wie oben bereits erwähnt, kann der ESI ein frühzeitiges Reagieren auf die konjunkturelle Lage ermöglichen, wenn er wirtschaftliche Entwicklungen realitätsgetreu wiedergibt. Ein Instrument, dies zu überprüfen ist, das Verhältnis der Indikatoren der Mitgliedstaaten zueinander zu untersuchen. Dazu werden der Mittelwert sowie die Varianz der ungewichteten Korrelationen zwischen sämtlichen Länderpaaren in der EU für den ESI sowie für die drei oben genannten Wachstumsraten des IPI in gleitenden 4-Jahres-Fenstern gezeigt. Aus den Daten von 26 Mitgliedsstaaten¹ ergeben sich also bis zu 325 Korrelationen, aus denen der Mittelwert berechnet werden kann. Diese werden jeweils zum Mittelpunkt des 4-Jahres-Fensters dargestellt, das heißt z.B. der Startpunkt der Korrelationen des ESI in 1987m01 gibt den Mittelwert der Korrelationen von 1985m01 bis 1988m12 wieder. Die Berechnung in gleitenden 4-Jahres-Fenstern ermöglicht es, Änderungen im Zeitablauf zu verfolgen. Die Eignung des ESI als Indikator für die qualitativen Änderung der Synchronisierung dieser Wachstumsrate ist aus Abbildung 1 ersichtlich.

Politiker sowie Forscher haben sich im Hinblick auf die Europäische Währungsunion lange mit der Frage beschäftigt, ob sich die Konjunkturzyklen in der EU im Laufe der Zeit einander angenähert haben, veranlasst etwa durch das Inkrafttreten des gemeinsamen Binnenmarktes oder den Europäischen Wechselkursmechanismus.

Abbildung 1 zeigt, dass dies hier nicht so ist, weder für den ESI noch für die drei Wachstumsraten.²

Eine weitere interessante Beobachtung, die man der Abbildung 1 entnehmen kann, ist, dass die durchschnittliche Korrelation der länderspezifischen ESIs deutlich höher ausfällt als die der drei IPI-Wachstumsraten. Zudem wird die durchschnittliche Korrelation mit der Länge der Periode höher, für die die Wachstumsrate berechnet wird. Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass die Varianz der Korrelationen des ESI ebenfalls auf einem höheren Niveau liegt als die Varianzen der Wachstumsraten und dabei der Hierarchie der Mittelwerte folgt. Die große Varianz der ESI-Korrelationen führt dazu, dass der Unterschied zwischen den Mittelwerten statistisch nicht signifikant ist. Dies impliziert, dass die ESI-Korrelation nicht für jedes Länderpaar höher ausfällt als die der Wachstumsraten.

Synchronisierung der Konjunkturzyklen mit der EU

Die Studien über Konjunktursynchronisierung in der EU oder Eurozone setzen sich oft mit der Beziehung zwischen den Zyklen der einzelnen Länder und dem Aggregat auseinander. Letzten Endes richtet sich beispielsweise die Geldpolitik der EZB nach der gesamten Eurozone und nicht nach einem einzigen Mitgliedsland. In Abbildung 2 werden die ESI- und IPID12-Monats-Wachstumsraten-Korrelationen zwischen jeweils Belgien, Deutschland, Ungarn und dem EU27-Aggregat dargestellt. Auch wenn in der Abbildung nur drei Länder dargestellt werden, zeigt sich vor allem

der bei Belgien auftretende Effekt, dass die ESI-Korrelationen höher liegen als die der IPID12, ebenso für zahlreiche andere Mitgliedsstaaten. Für die größten EU27 Volkswirtschaften wie z. B. Deutschland (Abbildung 2) hingegen verlaufen beide Korrelationen sehr ähnlich. Aber es gibt ebenso Einzelfälle, in denen die Korrelation des ESI für ein gewisses Zeitfenster oder sogar für den gesamten Verlauf (z.B. Ungarn) unter denen der Wachstumsraten liegt. Dennoch scheint der ESI in den meisten Fällen die Korrelation zu überschätzen.

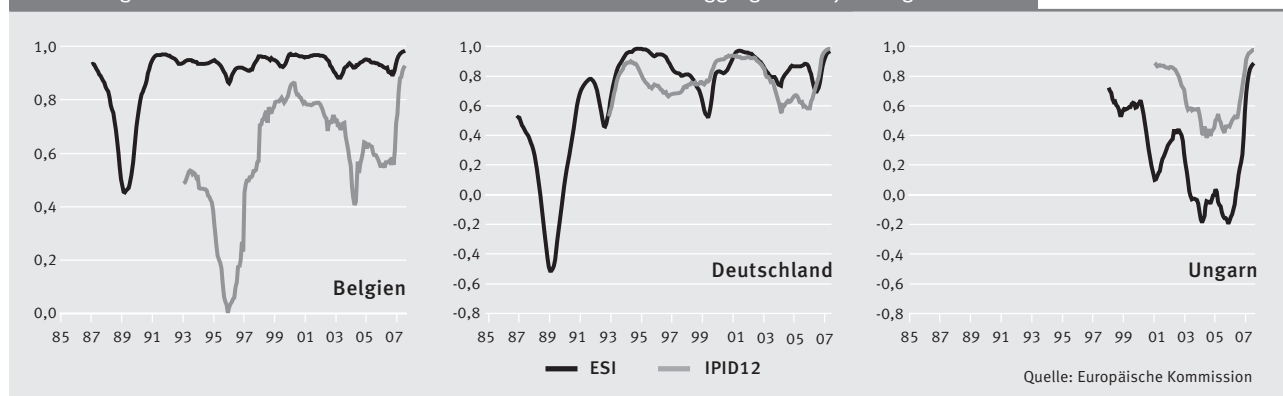
Die in diesem Aufsatz behandelten Statistiken werfen also die Frage auf, warum die ESI-Korrelationen für viele Länder höher ausfallen als die der Wachstumsraten. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass die Befragten in diesen (meist kleineren) Ländern zur Prognose der künftigen Entwicklung den gesamteuropäischen Ereignissen einen viel größeren Wert beimessen als eigentlich gerechtfertigt wäre. Allerdings ist unklar, warum dies der Fall sein sollte und ob auch andere Erklärungen möglich sein könnten. Diese Fragen verbleiben für die zukünftige Forschung.

*Atilim Seymen, seymen@zew.de
Leopold Schiele, Universität Passau*

Literatur:
Weyerstrass, K., van Aarle, B., Kappler, M. und Seymen, A. (im Erscheinen), Business Cycle Synchronisation with(in) the Euro Area: In Search of a "Euro Effect", *Open Economies Review*.
Gayer, C. und Weiss, P. (2006), Convergence of Business Cycles in the Euro Area: Evidence from Survey Data, *Applied Economics Quarterly* (52), 193-219.

¹ Für Malta existiert kein IPI.
² Weyerstrass et al. (2009) haben für das BIP in einer kürzlich erschienenen Studie ähnliche Ergebnisse dokumentiert. Auch Gayer und Weiss (2006), die die Synchronisierung anhand der Industriekomponente des ESI (ICI) untersucht haben, gelangen zu diesem Ergebnis.

Abbildung 2: Korrelation des ESI und des IPID12 zwischen EU27-Aggregat und jeweiligem Land



Quelle: Europäische Kommission

Der Fall der Arbeitseinkommensquote: Homogene Ursachen im Ländervergleich?

Die funktionale Einkommensverteilung ist eines der klassischen Themen der Makroökonomik. Sie beschreibt die Aufteilung des Volkseinkommens auf die in der Produktion eingesetzten Faktoren – in der Regel Arbeit und Kapital. Der Anteil des Faktors Arbeit wird üblicherweise durch die sogenannte Arbeitseinkommensquote (AEQ) beschrieben. Diese ist über die letzten 25 Jahre in nahezu allen großen Industriestaaten gefallen. Auf Grund dieser Abwärtsbewegung ist die Arbeitseinkommensquote aktuell verstärkt Thema in politischen Debatten, aber auch akademischen Studien. Es deutet sich ein Comeback der funktionalen Einkommensverteilung als wichtige ökonomische Größe sowie als Maß für die Verteilungsgerechtigkeit an.

Aktuelle Forschungen des ZEW widmen sich daher der Frage, welche Ursachen der Abwärtsbewegung der AEQ zugrunde liegen und ob sich diese Ursachen zwischen verschiedenen Industriestaaten unterscheiden.

Um ein international vergleichbares Maß zu erhalten, definieren wir die AEQ als den Quotienten aus den gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen und der Bruttowertschöpfung. Wichtig ist, dass bei der Berechnung der Arbeitseinkommen auch die Einkommen selbstständig Beschäftigter berücksichtigt werden. Die Einbeziehung der Selbstständigeneinkommen unterscheidet die AEQ von der Lohnquote, bei welcher die Selbstständigeneinkommen den Kapitaleinkommen zugerechnet werden. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Entwicklung der AEQ in einigen Industriestaaten. In nahezu allen betrachteten Ländern ist

die AEQ gefallen – einzig das Vereinigte Königreich bildet eine Ausnahme. Die Evidenz fallender Arbeitseinkommensquoten ist nicht nur auf geografische Charakteristika zurückzuführen: Die AEQ ist in Europa ähnlich stark gefallen wie in Asien oder Nordamerika.

Die akademische Literatur hat einige potenzielle Gründe für diese Abwärtsbewegung erforscht. Die Erklärungsmuster lassen sich grob entlang dreier Kategorien beschreiben: Einflüsse des technologischen Wandels, der Globalisierung und der institutionellen Rahmenbedingungen einer Volkswirtschaft.

In die erste Kategorie fallen in erster Linie Effekte wie eine verstärkt kapitalintensive Produktion und kapitalvermehrender technischer Fortschritt (Bentolila und Saint-Paul, 2003). Unter dem Globalisierungsaspekt werden vor allem aus der Handelstheorie bekannte Überlegungen bezüglich der Faktorent-

lohnung diskutiert. Hierbei wird angenommen, dass durch eine verstärkte Einbindung in den Welthandel der Faktor Kapital auf Grund eines komparativen Vorteils relativ höher entlohnt wird als Arbeit. Weiterhin werden veränderte Kräfteverhältnisse im Lohnverhandlungsprozess angeführt. Dabei wird argumentiert, dass sich Arbeitgeber international aufgestellter Firmen auf Grund von Abwanderungsdrohungen im Verhandlungsprozess besserstellen können (Guscina, 2006). Dieser Punkt ist eng verbunden mit institutionellen Erklärungsmustern. Auch hierbei wird auf Verhandlungsmacht eingegangen und argumentiert, dass insbesondere der fallende gewerkschaftliche Abdeckungsgrad die Position der Arbeitnehmer schwächt und so zu geringer Faktorentlohnung für Arbeit führt.

Während diese Argumente allgemein schlüssig erscheinen, ist jedoch kaum klar, ob der Effekt der jeweils angeführten erklärenden Variable auch homogen über die Länder im Beobachtungszeitraum ist. So kann es durchaus sein, dass die angesprochenen Kanäle international unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Beispielsweise hängt der Effekt des Faktoreinsatzverhältnisses von der Substitutionselastizität zwischen den Produktionsfaktoren ab. Nur bei einem Substitutionsverhältnis wirkt sich eine höhere Kapitalintensität der Produktion negativ auf die AEQ aus. Die gesamtwirtschaftliche Substitutionselastizität ist jedoch nicht zwangsläufig über alle Länder identisch. Ist die Substitutionselastizität in einem Land höher als im anderen, wirken sich dort Änderungen des Faktoreinsatzverhältnisses stärker auf die AEQ aus. Auf diesem Wege könnte sich eine gewisse Heterogenität in den geschätzten Effekten auf variablen wie das Kapital-Output-Verhältnis ergeben. Der Handelskanal lässt ebenso durchaus Zweifel an der gleichen Bedeutung für alle Länder zu. Es ist möglich, dass sich der Effekt einer höheren Offenheit

Tabelle 1: Die Entwicklung der AEQ im Ländervergleich

Land	1980	2005	Differenz
Australien	68,32	59,64	-8,68
Österreich	71,38	62,43	-8,95
Belgien	68,25	63,55	-4,70
Dänemark	71,14	67,35	-3,78
Finnland	71,08	65,19	-5,89
Frankreich	75,36	65,87	-9,49
Deutschland	72,63	64,27	-8,37
Italien	73,12	63,32	-9,80
Japan	62,68	53,47	-9,21
Niederlande	74,31	65,41	-8,90
Spanien	64,02	59,66	-4,36
Vereinigtes Königreich	72,32	73,16	0,84
Vereinigte Staaten	64,13	60,05	-4,08

Quelle: EU-Klems

gegenüber dem Welthandel in Abhängigkeit von institutionellen Strukturen manifestiert. Damit wird ein dritter Punkt als mögliche Ursache für heterogene Effekte angesprochen: Die Wirkung einer einzelnen Institution kann international sehr verschieden sein und ist nur schwer isoliert zu bewerten.

Sollte sich die Heterogenität in der Wirkweise von Koeffizienten in einem linearen Modell als signifikant herausstellen, wären Politikempfehlungen in höchstem Maße eingeschränkt, vielleicht sogar schlicht falsch. Dennoch werden in der akademischen Literatur fast ausschließlich Modelle mit einer Homogenitätsrestriktion geschätzt. Ziel einer aktuellen ZEW Untersuchung ist es daher, einige der prominentesten Variablen einer strukturierten Analyse mit Blick auf die Möglichkeit international heterogener Erklärungskanaäle zu unterziehen.

Eine Möglichkeit, dieser potenziellen Heterogenität auf den Grund zu gehen, besteht darin, empirische Modelle mit unterschiedlichen Restriktionen auf die Koeffizienten der erklärenden Variablen zu schätzen – also Modelle mit Homogenitätsrestriktion solchen mit nicht restringierten Koeffizienten gegenüberzustellen. Anschließend können die Ergebnisse mit Hilfe statistischer Verfahren verglichen werden. Dazu spezifizieren wir ein dynamisches Panel-Modell für die Arbeitseinkommensquote, ein sogenanntes ARDL Modell. Dieses wird auf drei unterschiedlichen Wegen geschätzt. Zuerst wird ein sogenannter „Fixed-Effects“ (FE) Schätzer verwendet. Dieser beschränkt im statischen Fall alle möglichen Koeffizienten der verzögerten abhängigen Variablen auf Null, es wird also keine Dynamik zugelassen. Alle weiteren Koeffizienten werden als homogen über alle Elemente der Querschnittsdimension angenommen. Als Gegenpol wird ein sogenanntes „Mean Group“ Modell (MG) geschätzt, welches die langfristigen Koeffizienten als Durchschnittswert aus allen Einzellandgleichungen bestimmt. Hier werden weder die Dynamik noch die einzelnen Koeffizienten der erklärenden Variablen eingeschränkt. Als weitere Alternative schätzen wir eine Mischform der obigen Modelle, ein sogenanntes „Pooled Mean

Group“ Modell (PMG). Hierbei werden lediglich die Langfristkoeffizienten als homogen vorgegeben, während die kurzfristige Dynamik aller Variablen nicht beschränkt wird.

Aus diesen Modellen ergeben sich testbare Implikationen. Erstens sollte ein statisches FE-Modell verworfen werden, wenn verzögerte Effekte der abhängigen Variablen signifikant von Null verschieden sind. Das ist hier der Fall. Zweitens lässt sich über die Ergebnisse aus dem MG- und dem PMG-Modell direkt die Homogenitätsannahme testen. Sind die Koeffizienten tatsächlich homogen, sind sowohl der MG- als auch der PMG-Schätzer konsistent, jedoch ist allein der PMG-Schätzer effizient. Diese Aussage kann einem Hausman Test als Nullhypothese zugrunde gelegt werden. Wird diese Nullhypothese verworfen, kann die Homogenitätsannahme nicht bestätigt werden.

Tabelle 2 enthält die Ergebnisse sowohl der PMG-, als auch der MG-Schätzungen für ein Modell der AEQ mit dem

Handelsoffenheit und die Arbeitsanpassungskosten aus. Hier zeigt sich ein heterogenes Muster. Die Einflüsse dieser Variablen unterscheiden sich also in der Querschnittsdimension. Es wird deutlich, dass sich gerade für die Handelsoffenheit die in der Literatur oft gefundenen negativen Koeffizienten nur für eine geringe Anzahl der Länder in unserer Studie bestätigen lassen. Die Arbeitsanpassungskosten sind in der hier modellierten Form in ihrem Einfluss nicht signifikant von Null verschieden. Das bedeutet jedoch nicht, dass ein Zusammenhang zwischen AEQ und der institutionellen Struktur ausgeschlossen werden kann. Vielmehr macht die Analyse den Bedarf an differenzierteren Variablen in diesem Punkt deutlich.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Abwärtsbewegung der AEQ in erster Linie durch Verschiebungen im Faktoreinsatzverhältnis und Arbeit vermehrenden technologischen Wandel bedingt sind. In einigen Län-

Tabelle 2: Schätzergebnisse für alternative Schätzungen des AEQ Modells

	PMG	MG
Kapital-Output-Verhältnis	-0,167*** (0,039)	-0,403* (0,230)
Totale Faktorproduktivität	-0,319*** (0,029)	-0,506*** (0,170)
Handelsoffenheit	-0,091*** (0,016)	-0,136 (0,175)
Arbeitsanpassungskosten	1,108*** (0,231)	-0,034 (0,590)

Quelle: ZEW-Berechnungen

Kapital-Output-Verhältnis (K/Y), der totalen Faktorproduktivität (TFP), der Handelsoffenheit und der Veränderungsrate der Beschäftigtenanzahl (als grobes Maß für die Arbeitsanpassungskosten) als erklärenden Variablen. Die optimale Anzahl von Verzögerungen wurde für die vorliegende dynamische Spezifikation mit Hilfe des Akaike Informationskriteriums bestimmt.

Es zeigt sich, dass sowohl K/Y, als auch TFP signifikante und negative Effekte auf die AEQ haben. Wichtiger noch, ein Hausman Test lehnt die Gleichheit der Koeffizienten nicht ab. Diese zwei Faktoren sind demnach auch in dynamischen Modellen mit Homogenitätsrestriktion konsistent geschätzt. Anders sieht das Bild für die

dem scheint eine stärkere Öffnung gegenüber dem Welthandel zu einer fallenden AEQ beigetragen zu haben. Diese Aussage kann jedoch nicht für alle Länder bestätigt werden. Besonders in diesem Zusammenhang zeigt sich, dass eine Anwendung einfacher statischer Modelle mit Homogenitätsrestriktion wichtige Dimensionen vernachlässigt und somit zu verzerrten Ergebnissen führen kann: In solchen Fällen ist eine Einzellandanalyse dringend geboten.

Jan Hogrefe, hogrefe@zew.de

Literatur:

- Bentolila, S. und Saint-Paul, G. (2003), Explaining movements in the labor share, Contributions to Macroeconomics, 3(1).
Guscina, A. (2006), Effects of globalization on labor's share in national income, IMF Working Paper, 06/294.

Kosten des EU-Beitritts der Türkei

Kaum eine Frage zur Zukunft der EU wird so kontrovers diskutiert wie der Beitritt der Türkei. Gegner des Beitritts warnen vor den hohen Kosten, die eine Erweiterung mit sich bringen würde. In diesem Beitrag soll ein kurzer Überblick gegeben werden, in welchem Bereich die budgetären Kosten für den EU-Haushalt liegen dürften.

Bereits seit 2005 laufen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, jedoch ist eine Vollmitgliedschaft des Landes immer noch eine strittige Frage, die Europas Politiker und Bürger entzweit. Neben kulturellen Gründen werden die hohen budgetären Kosten als Argument gegen eine Mitgliedschaft ins Feld geführt. Bei einer Vollmitgliedschaft wäre die Türkei insbesondere an zwei Gemeinschaftspolitiken beteiligt, die zu bedeutenden Transfers an die ärmeren Mitglieder führt: (i) der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und (ii) der Regionalpolitik, die heute jeweils etwa 40 v.H. des Gemeinschaftshaushalts ausmachen.

Die Regelungen, denen die Ansprüche der Türkei bei einem Beitritt zu Grunde liegen würden, werden durch den dann geltenden Finanzrahmen, in dem die EU-Ausgaben festgelegt werden, bestimmt. Der nächste hat die Laufzeit von 2014 bis 2020 und wird somit ohne die Mitsprache der Türkei verhandelt werden. Da für die Agrarpolitik durchaus mit weitreichenden Veränderungen zu rechnen ist, fällt für diesen Bereich eine genaue Prognose der zu erwartenden Kosten einer Erweiterung noch schwer. Zwar ist in der Türkei der Anteil der in der Landwirtschaft arbeitenden Bevölkerung außergewöhnlich hoch (etwa 30 v.H.), ihre Wertschöpfung ist jedoch mit nur gut 10 v.H. vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) viel niedriger, so dass nach der heute

geltenden Förderpraxis der GAP die Pro-Kopf-Zahlungen geringer ausfallen. Zudem wurden bereits bei der Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen (MOE) Staaten Übergangphasen vereinbart, in denen die Zahlungen an diese in den ersten Jahren begrenzt wurden. Schätzungen von Richter (2007) lassen schließlich durch den Türkei-Beitritt eine moderate Erhöhung des Umfangs der GAP-Ausgaben zwischen 10 v.H. und 18 v.H. erwarten.

Die EU-Regionalpolitik begünstigt insbesondere die ärmeren Regionen, der größte Anteil geht dabei an jene Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP unterhalb von 75 v.H. des EU-Durchschnitts. Dieser Wert beträgt laut aktueller Eurostat-Daten (2008) für die Türkei 45,5 v.H., und liegt somit immerhin oberhalb des Wertes des derzeit ärmsten Mitgliedstaates (Bulgarien, 40,2 v.H.). Auffällig ist jedoch die große Divergenz innerhalb des Landes. So liegt der Wohlstand der ärmsten Regionen in Ostanatolien lediglich bei etwas mehr als 10 v.H. des EU-Durchschnitts. Insgesamt liegen Regionen mit einer Gesamtbevölkerung von über 25 Millionen unterhalb des Wohlstandes der derzeit ärmsten Region in der EU-27. Dieser kurze Überblick über die regionalen Kennzahlen der Türkei zeigt, dass der Entwicklungsrückstand des Großteils der türkischen Regionen gewaltig ist, und daher kaum davon auszugehen ist, dass dieser selbst langfristig bis

zu einem möglichen Beitritt der Türkei deutlich reduziert werden kann.

Jedoch würde diese gewaltige Zunahme der Bevölkerung in rückständigen Regionen keinesfalls eine Explosion der notwendigen Mittel für die Regionalpolitik bedeuten. Bereits vor dem Beitritt der MOE-Staaten vereinbarten die alten Mitgliedstaaten eine Begrenzung der Transfers an jedes Mitglied auf einen Anteil von knapp 4 v.H. des nationalen BIP, um eine Überdehnung des Gemeinschaftshaushalts zu verhindern. Sollte diese Grenze in Zukunft unverändert fortbestehen, hätte die Türkei bei ihrem Beitritt Anspruch auf Transfers in Höhe von etwa 3,8 v.H. ihres BIP. Das BIP der Türkei betrug im Jahre 2008 4 v.H. des BIP der gesamten EU-27. Die Obergrenze für Transfers im Rahmen der Strukturpolitik läge dann bei $0,038 \cdot 0,04 = 0,15$ v.H. des EU-28-BIP. Zum Vergleich: Der Umfang des EU-Haushalts beträgt derzeit etwa 1 v.H. des EU-BIP. Somit würden etwa 15 v.H. des EU-Haushalts auf Strukturpolitikzahlungen an die Türkei fallen. Diese würden demnach knapp die Hälfte des gesamten heutigen Umfangs der EU-Strukturpolitik betragen. Jedoch ist damit zu rechnen, dass der Anteil am EU-Haushalt aufgrund der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung in der Türkei, die mit einem Anstieg ihres BIP-Anteils einhergeht, bis zu einem tatsächlichen Beitritt auf bis zu 20 v.H. ansteigen dürfte.

Steffen Osterloh, osterloh@zew.de

Literatur:

Richter, S. (2007), Agricultural Support: Consequences of the Eventual Accession of the Balkan Countries to the Europe Union, Financial Theory and Practice 32, 183-191.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, erscheint vierteljährlich.

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (kaufmännischer Direktor)

Redaktion: Claudia Busl, Telefon 0621/1235-336, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: busl@zew.de
Dr. Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: kappler@zew.de
Andreas Sachs, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: sachs@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2009